

standen die Salafisten in der Fußgängerzone und haben noch jahrelang Bücher verteilt und junge Menschen angesprochen, doch mit ihnen und anderen in die Ferne zu reisen. Das war aber keine Reiseveranstaltung.

Das passt nicht zusammen. Was ist denn das für ein Programm, wenn man gleichzeitig die Leute draußen in der Stadt stehen und reden lässt? Das hat sich jetzt erledigt, das wissen wir.

Aber genauso wichtig finde ich es, diese 60 bis 80 salafistischen Moscheen, die es in NRW gibt, nicht nur zu beobachten, sondern nach Möglichkeit zu schließen, wie es auch in Österreich gemacht wird. Imame, die dort die falschen Dinge predigen, die mit unserer Gesellschaftsordnung nichts zu tun haben, gehen am besten gleich mit. Das ist meine Meinung dazu.

(Beifall von der AfD)

**Präsident André Kuper:** Herr Minister.

**Herbert Reul,** Minister des Innern: Erstens. Ich bedanke mich dafür, dass Sie von uns ordentliche Antworten bekommen.

Zweitens. Das Beispiel Bochum zeigt, dass die Probleme noch nicht total, aber zumindest teilweise gelöst sind.

Drittens. Moscheen werden von uns beobachtet. Aber in einem Rechtsstaat kann man nur dann handeln, wenn man auch entsprechende Instrumente in der Hand hat. So ist das in einem Rechtsstaat.

Sie haben den Vorteil, dass Sie jetzt irgendetwas Schlaues fordern können – Sie müssen es ja nicht einlösen.

(Roger Beckamp [AfD]: Sie aber! Das fordern wir!)

– Ja, und ich tue es auch. Haben Sie das noch nicht gemerkt?

(Helmut Seifen [AfD]: Nein! – Roger Beckamp [AfD]: Nein, haben wir noch nicht gemerkt!)

– Das haben Sie noch nicht gemerkt?

(Roger Beckamp [AfD]: Nein!)

– Aber ich kann doch keine Einrichtung schließen, wenn es dafür keine Rechtsgrundlage gibt. Wir leben in einem Rechtsstaat. Das ist so.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Das heißt übrigens nicht, dass man schlafmützig ist. Sie können davon ausgehen, dass die Behörden hellwach sind.

(Helmut Seifen [AfD]: Wehrhafte Demokratie!)

– Genau, wehrhafte Demokratie. In dieser Hinsicht brauche ich sicher keinen Nachhilfeunterricht. Seien Sie vorsichtig mit dem, was Sie jetzt sagen. Ich brauche keinen Nachhilfeunterricht in wehrhafter Demokratie.

(Zurufe von der AfD)

Aber wehrhafte Demokratie heißt nicht, flotte Sprüche zu klopfen und einfach zuzuschlagen, sondern auf der Grundlage der Verfassung dieses Rechtsstaates diejenigen zu verfolgen, die sich nicht an die Regeln halten!

(Zurufe von der CDU: Jawohl! – Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU erteile ich dem Abgeordneten Kamieth das Wort.

**Jens Kamieth (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schön, dass wir uns heute diesem wichtigen Thema in einer ausführlichen Debatte widmen. Als Redner aus dem Jugendbereich habe ich vielleicht per se, ohne etwas gesagt zu haben, schon einen gewissen Vorsprung. Das werden Sie dadurch erkennen, dass wir den Fokus in dieser Diskussion auf etwas anderes richten.

Schaut man sich die Redner auf der Liste an, handelt es sich tatsächlich um dieselben wie vor rund drei Monaten. – Wir sehen die Sache nicht nur aus Sicht des Innenpolitikers, sondern auch aus der Sicht eines Jugendpolitikers. Das ist schon der erste Unterschied zu dem, was wir bisher gehört haben.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf die ersten Redner eingehen und fange bei Ihnen an, Herr Yetim. Ihre Enttäuschung kann ich Ihnen nicht nehmen. Die Enttäuschung liegt meines Erachtens darin, dass Sie nur auf die Vergangenheit geschaut haben. Wenn man nur nach hinten schaut, sieht man die Fehler, die man gemacht hat. Dann erkennen Sie die Fehler, die Sie in rot-grüner Regierungsverantwortung gemacht haben.

(Zuruf von Ibrahim Yetim [SPD])

Wenn Sie damals bessere Arbeit geleistet hätten, wären wir heute nicht in der Situation, so viele Salafisten in unserem Land zu haben.

(Sven Wolf [SPD]: Jetzt widersprechen Sie Ihrem eigenen Minister! Was soll das denn? Das ist aber auch nicht kollegial!)

Auf die unwahren Angaben zum Projekt „Wegweiser“ komme ich gleich noch zu sprechen.

Sie von Rot-Grün haben einerseits gesagt, der Antrag beinhalte nichts Neues und sei zu dünn. Andererseits heißt es, wir hätten Ihren alten Antrag mehr oder weniger nur umgeschrieben. – Sie müssen sich einmal entscheiden. Was stimmt denn nun?

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Nein, das hat keiner gesagt! – Josefine Paul [GRÜNE]: Das haben wir nicht gesagt!)

Ist es ein dünner Antrag, oder ist es das, was Sie selbst auf den Weg gebracht haben?

(Zuruf von Verena Schäffer [GRÜNE])

Was Sie hier von sich gegeben haben, ist nicht sehr überzeugend.

Herr Yetim, Sie sagten, die Frauen würden in diesem Antrag nicht erwähnt. – Gucken Sie sich bitte einmal Ziffer 3 an! Da sprechen wir von Familien. Spielen die Frauen in den Familien bei der SPD heute keine Rolle mehr?

(Zuruf von Ibrahim Yetim [SPD] – Verena Schäffer [GRÜNE]: Das hat keiner gesagt!)

Frau Schäffer, auch Sie haben etwas dahin gehend gesagt, die Frauen würden sich im Antrag nicht wiederfinden.

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Das habe ich nicht gesagt!)

Schauen Sie sich doch bitte einmal Ziffer 5 an.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Was erzählen Sie denn?)

Darin steht, dass wir Vertreterinnen und Vertretern des extremistischen Salafismus Konsequenzen aufzeigen, diese durchsetzen und ihnen klare Grenzen setzen wollen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE] – Ibrahim Yetim [SPD]: Jetzt sagen Sie doch mal, was Sie wollen!)

Wir wollen eine verstärkte Beobachtung. Wir wollen die konsequente Prüfung und Einleitung strafrechtlicher Maßnahmen. Das ist weit mehr als eine Gefährderansprache, und es ist auch weit mehr als das, was Sie in Ihrem damaligen Antrag gefordert haben.

(Sarah Philipp [SPD]: Wir haben das doch gelesen!)

Frau Paul, vielleicht gehen Sie gleich auch noch einmal ans Rednerpult. Ich freue mich schon auf Ihre Ausführungen.

Frau Schäffer, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir die elterliche Sorge in den Blick nehmen. Ich möchte Sie auf Ziffer 6 hinweisen. Darin haben wir auf die Möglichkeiten aufmerksam gemacht, die wir auf der Bundesebene haben. Wenn wir über

elterliche Sorge im Zusammenhang mit einer Situation sprechen, in der Eltern womöglich ihre minderjährigen Kinder radikalisiert, dann müssen wir vielleicht auch über den Entzug der elterlichen Sorge nachdenken. Da bietet Ziffer 6 unseres Antrages die Möglichkeit, auf Bundesebene aktiv zu werden.

Sie haben unseren Antrag offensichtlich nicht sorgfältig gelesen,

(Sarah Philipp [SPD]: Sie haben nicht zugehört!)

sonst hätten Sie nicht so platt gesagt, dass er nichts Neues enthalte.

Noch einmal: Uns geht es darum, dass hier ein gut abgestimmtes, geschlossenes, konsequentes System von Maßnahmen auf den Weg gebracht wird.

Uns als NRW-Koalition ist es besonders wichtig, die jungen Menschen in den Blick zu nehmen. Wir wollen gerade die jungen Menschen gezielt vor Radikalisierung schützen.

Da haben wir schon einiges hier auf den Weg gebracht. Natürlich wollen wir Prävention. Das sage ich als Jugendpolitiker, und das ist mir eine Herzensangelegenheit. Repressionen sind jedoch genauso wichtig. Darauf haben die Vorredner aus dem Innenbereich und gerade auch der Minister deutlich hingewiesen.

Wir müssen uns der Situation stellen, dass wir es, nachdem der IS zusammengebrochen ist, mit unheimlich vielen Rückkehrern zu tun haben. Zu einem Teil sind das Witwen von gefallenen oder Frauen von inhaftierten Kriegern, die häufig selbst noch minderjährig sind und oftmals schon minderjährige Kinder haben.

An diese Kinder müssen wir vor allen Dingen heran. Deswegen wollen wir die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit motivieren, verstärkt Projekte zur interreligiösen Jugendverständigung und Aufklärung aufzulegen. Wir wollen die Akteure im Bereich Kindergarten und Schule weiter sensibilisieren und stärken.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

– Hören Sie gut zu! – Wir brauchen einen Behördenaustausch, und zwar zwischen Jugendamt, Einwohnermeldeamt und den Sicherheitsbehörden. Es geht darum, schon frühzeitig zu erfahren, dass Familien oder Frauen mit ihren Kindern aus Syrien, aus den Kriegsgebieten zurückkommen und wohin sie hier gehen. So kann man frühzeitig intervenieren, um festzustellen, ob eine Islamisierung bzw. eine Radikalisierung stattfindet.

Wir müssen die zuständigen Jugendämter schulen und sensibilisieren. Sie müssen handlungsfähig sein, um salafistische Neigungen und Tendenzen erkennen und ihnen angemessen begegnen zu können.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Was heißt denn „angemessen zu begegnen“?)

Da spielt natürlich auch das Aussteigerprogramm „Wegweiser“ eine wichtige Rolle. Wir wollen es aber vervollständigen, damit die wichtige Arbeit weiterhin geleistet und noch verbessert werden kann.

Es wäre vermessen, zu glauben, man könnte in nur wenigen Jahren eine intensive Radikalisierungsprävention betreiben und dann sagen: Jetzt haben wir es geschafft. – Das ist eine Daueraufgabe. Deswegen ist es richtig und wichtig, dass wir eine Stabsstelle auf Bundesebene einrichten, an die sich alle Akteure wenden können – Kommunen, Länder, Bund, private und zivilgesellschaftliche Akteure –,

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Macht das doch erst mal auf Landesebene!)

um gebündelt und konzentriert den Herausforderungen zu begegnen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Schieben Sie die Verantwortung doch nicht weg!)

Bei all unseren Bemühungen – egal ob im Bereich Prävention, Stabilisierung, Repression oder Ausstieg – sind zwei Dinge ganz besonders wichtig:

Erstens muss sich die Strategie an der Realität ausrichten. Wir müssen immer wieder auf Veränderungen reagieren und konkrete Hilfen anbieten können. Sie müssen vor Ort praktikabel sein, damit Kommunen unsere Strategie letztendlich umsetzen und die Zielpersonen tatsächlich erreichen können.

Zweitens – das hat es bisher auch noch nicht gegeben – treten wir dafür ein, dass die Wege, die wir finden, überall begangen werden können und nicht nur in den Salafismus-Hochburgen, in den Ballungszentren. Nein, wir brauchen Konzepte, die auch im ländlichen Raum wirken.

Ein intelligentes, abgestimmtes Zusammenspiel von Prävention, Aufklärung, Ermittlung, Strafverfolgung und verlässlicher, nachhaltiger Ausstiegshilfe, orientiert an praktischer Arbeit – genau das ist der Ansatz der CDU; das ist das Ziel der NRW-Koalition. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Bongers.

**Sonja Bongers (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir eine kurze Vorabbemerkung, bevor ich mit mei-

ner Rede starten werde. Nach einem Jahr Mitgliedschaft im Landtag bin ich gelegentlich immer noch verwundert, welche Debattenkultur hier herrscht.

(Helmut Seifen [AfD]: Ich auch!)

Ich finde, bei einem solch wichtigen Thema sollten sich alle mal zusammenreißen. Alle sollten ihre guten Ideen einbringen, und alle sollten genau zuhören.

Daher möchte ich mich, auch wenn er nicht zu meiner Fraktion gehört, bei Herrn Minister Reul für die klaren Worte bedanken; denn bei einem solch wichtigen Thema müssen wir als demokratische Fraktionen zusammenhalten, da wir nur so dieses Problem in den Griff bekommen können.

(Beifall von der SPD und von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, bereits in der letzten Legislaturperiode hat sich die SPD-Fraktion für eine Gesamtstrategie eingesetzt, in der Präventionsarbeit in der Verhinderung von extremistischem und gewaltbereitem Salafismus eine wichtige Rolle spielt.

Deshalb begrüßen wir es, dass dieser Ansatz nun auch von den Fraktionen der CDU und FDP unterstützt wird. Beispielhaft sei noch einmal das Programm „Wegweiser“ genannt. Gezielte Projekte in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, die auf eine verstärkte interreligiöse Verständigung abzielen, sind ein guter Ansatz, um Radikalisierung entgegenzuwirken.

Da ich nicht nur Landtagsabgeordnete, sondern auch lokalpolitisch aktiv bin, weiß ich auch, dass solche Projekte auf kommunaler Ebene oftmals an Unterfinanzierung leiden oder aufgrund mangelnder Finanzierung gar nicht stattfinden können.

Wir fordern deshalb, dass die Landesregierung Träger der Kinder- und Jugendhilfe nicht nur nominell, sondern auch finanziell besser unterstützt.

Wir halten außerdem die Schulung von Jugendamtsmitarbeitern im Umgang mit Familien, in denen sich Radikalisierungsprozesse vollziehen, für notwendig. Auch dafür muss die Landesregierung weiter zusätzliche finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen.

In dem vorliegenden Antrag schreiben Sie – ich zitiere mit Erlaubnis –, dass eine herausragende Problemgruppe innerhalb der Salafistenszene der rund 12%ige Anteil der Frauen ist, weil sie ihre menschenverachtende Doktrin in den Köpfen ihrer Kinder verankern.

Ich möchte mich trotz aller Probleme allerdings dagegen verwahren, dass durch Ihren Antrag muslimische Mütter zu den Hauptschuldigen in diesem Radikalisierungsprozess stilisiert werden.

(Beifall von Stefan Zimkeit [SPD])